



Für den weltweit ungebremsten Bedarf an Palmöl wurden in den letzten Jahren grosse Flächen Regenwald abgeholzt und an Grosskonzerne vergeben. Es werden weiterhin Investitionen in Milliardenhöhe getätigt – zum Leid der lokalen Bevölkerung sowie der Umwelt. Das Kapital für diese Investitionen kommt teilweise direkt aus der Schweiz. Im Zeitraum von Januar 2009 bis August 2016 waren z.B. verschiedene Finanzdienstleister aus der Schweiz mit über 1.1 Milliarden US-Dollar an Palmölgeschäften beteiligt.

Basel beherbergt gleich mehrere Geschäftsstellen von Banken oder Finanzdienstleitern, die aktiv schmutzige Landdeals oder Landwirtschaftsprojekte im Bereich der Palmölmwirtschaft mitfinanzieren. Neben der Crédit Suisse, UBS, der Bank Vontobel, die Privatbank J. Safra Sarasin und der Pictet-Gruppe haben auch verantwortliche ausländische Banken wie die BNP Paribas, Commerzbank, Crédit Agricole und Crédit Mutuel einen Sitz in Basel.

LAND GRABBING VERBIETEN!

Der Kauf oder die langjährige Pacht von fruchtbarem Boden zur grossflächigen Produktion von Agrargütern, die nahezu komplett für den Export ausgelegt ist, ist Teil eines globalen Phänomens namens «Land grabbing». Die Aneignung von Landmassen hat das Ausmass an Investitionen in Boden seit der Finanzkrise drastisch zugenommen. Land grabbing beschreibt den kontroversen Ankauf von Land, Boden und Ressourcen wie Wasser oder Edelmetalle durch ausländische private, halbstaatliche oder staatliche Unternehmen. Während Staaten, die sich aufgrund von Trockenheit oder Platzmangel Land aneignen, um die eigene Bevölkerung ernähren zu können, kaufen Spekulant*Innen Land im grossen Stil, um es in Zukunft wieder gewinnbringend verkaufen zu können. Weitere Gründe für Land grabbing sind die Produktion von Bio-Treibstoffen, der Bergbau, sowie das Aufforsten von Bäumen.

Die Auswirkungen von Land grabbing für Mensch und Umwelt sind grösstenteils negativ. So werden z.B. KleinbäuerInnen, die seit Generationen ihr Land bestellen um ihre Familien zu ernähren, enteignet und vertrieben. Viele BäuerInnen sind gezwungen ihr Land aufzugeben und kaum noch in der Lage ihre Familien durchzubringen. Zäune entstehen und die enteignete Bevölkerung wird durch Waffengewalt von bewaffneten Sicherheitskräften der ausländischen Konzerne von ihren ursprünglichen Feldern ferngehalten. Viele Betroffene werden gezwungen in die Städte zu ziehen, in der Hoffnung dort Arbeit zu finden. Die Produktion wird intensiviert, was einen erhöhten Gebrauch von Mineraldüngern und Pestiziden zur Folge hat. Die globalen Ressourcenkreisläufe (besonders der Wasserkreislauf) werden aus dem Gleichgewicht gebracht. Zudem verbrauchen gerade Palmölplantagen extrem viel Wasser, was die Nutzwasserverfügbarkeit für die Lokalbevölkerung stark beeinträchtigt.

KLIMAGERECHTIGKEIT EINFORDERN!

Landkonflikte werden in Zukunft weiter zunehmen und durch den Klimawandel noch verstärkt werden. Zusammen mit häufiger auftretenden Umweltkatastrophen, die verheerende Folgeschäden entfachen werden und einer auf Profit ausgerichteten Produktionsweise, die sowohl Mensch als auch Umwelt gefährden, bildet sich eine mögliche Ausgangslage für noch nie dagewesene Migrationsbewegungen. So könnten in den kommenden Jahrzehnten bis zu 200 Millionen Menschen gezwungen werden, aufgrund von veränderten Umwelteinflüssen ihre Heimat zu verlassen. Die ärmeren Länder des globalen Südens werden diese Auswirkungen besonders stark zu spüren bekommen, verglichen mit den wohlhabenden Staaten im Norden. Darum müssen wir, wenn wir über den Klimawandel sprechen auch über Klimagerechtigkeit sprechen. Unser Ziel für die Zukunft muss sein, dass wir die Auswirkungen des Klimawandels global und gerecht abfangen können, ohne dass jene Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, am stärksten unter seinen Folgen zu leiden haben. Notwendig ist die Transformation zu einer Welt, die nicht Kapitalinteressen über die Bedürfnisse der Menschen stellt und unsere Umwelt zerstört.